



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern III: Tarifsteigerungen der ZFA refinanzieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Tarifabschlüsse der Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) vollständig von den Kostenträgern refinanziert werden.

Begründung:

Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) sind – wie die Medizinischen Fachangestellten in den Haus- und Facharztpraxen – eine unverzichtbare Säule in den Zahnarztpraxen. Im Rahmen der Organisation von Patiententerminen, der Betreuung und Beratung von Patientinnen und Patienten sowie beim Assistieren bei der zahnärztlichen Therapie leisten ZFA tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag. Wie eine Analyse der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt, besteht derzeit zwar kein allgemeiner Arbeitskräftemangel, dennoch hat die Zahl der als Engpassberufe eingestuftten Berufe im Jahr 2022 einen Höchststand erreicht. Auf Platz eins im BA-Ranking der Berufe mit dem größten Mangel an Fachkräften finden sich die ZFA.

Eine angemessene Bezahlung ist ein Ausdruck der Wahrnehmung und Wertschätzung von ZFA und deren Beitrag für die zahnmedizinische Versorgung. Ein Stellhebel für eine bessere Bezahlung könnte eine Ausdehnung der Refinanzierung sein, Tarifsteigerungen würden damit vollständig von den Kostenträgern getragen.

Derzeit gibt es rund 4 700 Zahnarztpraxen in Bayern, damit verbunden sind rund 33 000 Arbeitsplätze, Tendenz sinkend bei gleichzeitig steigendem Versorgungsbedarf in der Bevölkerung. Hintergrund sind auch die massiven Kostensteigerungen in den vergangenen fünf Jahren von bis zu 42 Prozent. Bis zu 14 Praxen schließen pro Monat in Bayern.